

# Potsdams] *andere* [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Februar 2015

Nr. 02 · 11. Jahrgang

## „208plus 60m Toleranz – Bunttes Brandenburg“

Graffiti-Wettbewerb geht in die zweite Runde/Land stellt Flächen zur Verfügung

Der mit eindrucksvollen Wandbildern versehene Bauzaun des Graffiti-Projekts „208 Meter Toleranz“ rings um den Landtagsneubau von 2011 bis 2013 ist vielen Potsdamer Bürgerinnen und Bürgern noch in guter Erinnerung. Nun loben das brandenburgische Finanzministerium, der Stadtjugendring Potsdam e.V., Wildwuchs Streetwork Potsdam und der Brandenburgische Betrieb für Liegenschaften und Bauen (BLB) einen erneuten Graffiti-Wettbewerb aus: Unter dem Motto „208 plus 60 m Toleranz - Bunttes Brandenburg“ haben junge Künstlerinnen und Künstler aus Potsdam die Möglichkeit, ihr Bild von Brandenburg an drei landeseigenen Gebäuden anzubringen. Die Bewerbungsfrist für den Wettbewerb läuft bis 7. März 2015. Mit Sprühdosen, künstlerischen Konzepten und ihren ge-

ellschaftlichen Visionen werden die von einer Jury ausgewählten Gewinner dann vom 24. bis 26. April 2015 das Ministeriumsgelände Heinrich-Mann-Allee 103 in Potsdam erobern, um Wände von insgesamt 60 Metern Länge zu gestalten.

Finanzminister Christian Görke, Schirmherr der Graffiti-Veranstaltungsreihe, rief die Jugendlichen in Potsdam zu einer regen Beteiligung am Wettbewerb auf: „Unser Land befindet sich zurzeit in einem spannenden Wandel: Verschiedene Lebensformen und Traditionen treffen hier auf Fortschritt und Modernität. Menschen aller Altersgruppen und unterschiedlichster Herkunft gestalten gemeinsam eine dynamische, zukunftsorientierte Gesellschaft. Diesen spannenden Prozess durch den künstlerischen Blickwinkel und die ganz eigenen

Ausdrucks Mittel der jungen Generation zu betrachten, ist eine besonders wertvolle Erfahrung für jeden von uns.“

Die Ausschreibung richtet sich an Jugendliche und junge Erwachsene aus Potsdam und Umgebung, die eine von fünf Teilflächen künstlerisch mit Graffiti gestalten werden.

Weitere Informationen zu den Teilnahmebedingungen gibt es unter dem Link [www.facebook.com/208MeterToleranz/app\\_201742856511228](http://www.facebook.com/208MeterToleranz/app_201742856511228) sowie auf der Internetseite des Finanzministeriums unter [www.mdf.brandenburg.de](http://www.mdf.brandenburg.de).



Das Wittenberger Sprayer-Team des Jugendklubs „Würfel“ im Sommer 2011.

Foto: PaS-Archiv

### Sieben Schwerpunkte für DIE LINKE im Bund

Sieben Schwerpunkte für ihre parlamentarische Arbeit hat die Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE am 20. Januar 2015 beschlossen. Das sind:

1. Für gute Löhne und zukunftssichere Arbeitsplätze
2. Für eine gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen
3. Für ein gutes würdiges Leben von der Geburt bis ins Alter
4. Für bezahlbares Wohnen und bezahlbare Energie
5. Für eine Beschneidung der Macht der Banken und Finanzmärkte
6. Für eine aktive Rolle Deutschlands bei einer europäischen Entspannungspolitik
7. Für die Demokratisierung der Demokratie

(Mehr: [www.dielinke.de/positionsapiere/](http://www.dielinke.de/positionsapiere/))

### In dieser Ausgabe

#### DIE ZWEITE SEITE

- 2 Sportbetonte KITA ins „Minsk“/LINKS gewann in Griechenland/Aktuelles im OV Westliche Ortsteile

#### LINKS INFORMIERT

- 3 Für Meinungsfreiheit – gegen Rassismus/Viertes Treffen „Netzwerk Willkommenskultur“/Wie kann man helfen?/Luxemburg-Lieb-knecht-Ehrung

#### KALENDERBLÄTTER

- 4 Die Ängste der Russen und neue/alte Kalte Krieger“/Historisches auf einen Blick

#### LINKS IM RATHAUS

- 5 Gemeinsames Ticket für vier Museen/Bürgerzentrum in der „Scholle 34“/Naturkundemuseum weiter fördern/Schulsport auf „Plantage“

#### BABELSBERG/ ZENTRUM OST

- 6/7 Babelsberger sollen nicht im Regen stehen bleiben/Film-aufführung „Wer rettet wen?“/SPD will Kleingartenverein in Babelsberg-Nord halbieren/Alltagsprobleme bewältigen statt großer ideologischer Debatten/Mindestlohn auch für Potsdamer Kultur-träger

## Zehn Jahre Hartz IV – eine traurige Bilanz

Am 1. Januar 2005 ist Hartz IV in Kraft getreten. Mit der Einführung wurde als zentrale Maßnahme die Arbeitslosenhilfe abgeschafft. Parallel wurde im Rahmen der „Hartz-Reformen“ die Leistungsdauer für das Arbeitslosengeld massiv verkürzt. Die Sicherung gegen das soziale Risiko Erwerbslosigkeit wurde weitgehend an die nunmehr in Arbeitslosengeld



II umbenannte Fürsorge delegiert. Diese bedeutet: Weniger als das Existenzminimum statt Lebensstandardsicherung, Bedarfsgemeinschaft und Bedürftigkeitsprüfung statt individueller Ansprüche, sukzessive Abschaffung der Beiträge zur Rentenversicherung und damit garantierte Altersarmut, „Ein-Euro-Jobs“ und kurzfristige

Maßnahmen statt Öffentlicher Beschäftigung und nachhaltiger Ausbildung und Qualifizierung sowie verschärfte Zumutbarkeitsregeln und Sanktionen. Armut, Ausgrenzung und ein Sonderrechtssystem sind die Kennzeichen der „Hartz-IV-Reform“. Für mehr als 6 Millionen Menschen ist aktuell das „Fürsorgesystem Hartz IV“ die zentrale Institution zur sozialen Sicherung.

Seitdem sind 10 Jahre vergangen. DIE LINKE sagt: Hartz IV war vor allem ein massiver sozialer Einschnitt mit weitrei-

(Fortsetzung auf SEITE 2)

**Informationen der Redaktion:**

Die Märzausgabe der „PaS“ erscheint am Dienstag, 3. März 2015. Redaktionsschluss ist am 19. Februar. Die Redaktion trifft sich am 5. Februar ab 17.00 Uhr in der Kreisgeschäftsstelle in der Dortustraße.

(Fortsetzung von Seite 1)

**10 Jahre Hartz IV ...**

chenden Folgen für die Struktur des Sozialstaats (Fürsorge als dominantes Prinzip zur Sicherung gegen Erwerbslosigkeit) und die Betroffenen (v. a. Entrechtung, Entzug sozialer Sicherung). Der soziale Absturz in die Armut ist mit Hartz IV gewollt und vorprogrammiert. Die Vermittlungskapazitäten und -erfolge der öffentlichen Arbeitsverwaltung sind nicht verbessert worden, allerdings sind der Druck auf die Betroffenen drastisch erhöht und die Sanktionsmöglichkeiten deutlich ausgeweitet worden.

Mehr unter: [www.die-linke.de/nc/die-linke/nachrichten/detail/zurueck/nachrichten/artikel/10-jahre-hartz-iv/](http://www.die-linke.de/nc/die-linke/nachrichten/detail/zurueck/nachrichten/artikel/10-jahre-hartz-iv/)

**IMPRESSUM**

„Potsdams andere Seiten“

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.

**HERAUSGEBER:** Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Sascha Krämer**, Vorsitzender. Dortustraße 53, 14467 Potsdam.

**REDAKTION:** Medienpunkt Potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.); **Rainer Dyk**, Redakteur; **H. Jo. Eggstein**, Layout; **Renate Frenz**, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;

**ANZEIGEN:** Sekretariat.

**BANKVERBINDUNG:** Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00

„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.

**DRUCK:** Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

**Hochpreiswohnungen statt Kinderlärm?**

Der Landessportbund Brandenburg hatte nach unseren Informationen als einzig verbliebener Bieter die geforderten 1,5 Mio. Euro geboten. Er will das ehemalige Minsk in eine sportbetonte Kita umbauen und selbst betreiben.

Dafür gibt es enormen Zuspruch in der Bevölkerung, weil die Lage für Berufspendler ideal ist. Gerade das Konzept einer sportbetonten Kinderbetreuung wird dem Bedarf an mehr Bewegung gerecht. Im unmittelbaren Umfeld werden nicht nur hunderte von Wohnungen gebaut, sondern der Wald und das neue Schwimmbad grenzen unmittelbar an die geplante Kita. Unserer Meinung nach sind das die besten Voraussetzungen für eine Kindertagesstätte dieser Art.

Gerüchten nach soll es trotz der Bemühungen des Landessportbundes Brandenburg nun doch zu einem Abriss des Minsk kommen, um an dieser Stelle den Platz für hochpreisigen Wohnungsbau für einen stadtbekanntem Investor frei zu machen. Als Begründung führte der Vertreter der Abteilung Stadtplanung und

erneuerung, Andreas Goetzmann, an, dass es keinen Bedarf für eine Kita an diesem Standort gebe.

Nach unserer Schätzung werden allein schon die neugebauten Wohnungen den Bedarf decken und rechtfertigen. Unabhängig davon, liegt der Brauhausberg sehr verkehrsgünstig, so dass vor allem Berufspendler hier einen Riesen-Vorteil hätten. Aber man macht hier die gleichen Fehler wie seiner Zeit im Bornstedter Feld. Schulen und Kitas werden am Anfang nicht genügend/gar nicht berücksichtigt und müssen später mit wesentlich höheren Kosten und

Aufwand errichtet werden. Zur Stadtentwicklung gehört es eben nicht nur, Grundstücke Investoren zum Bau von Luxuswohnungen zur Verfügung zu stellen, sondern auch Einrichtungen zur Daseinsvorsorge wie Schulen und Kitas vorausschauend zu errichten.

Soll das nun ein Zeichen der „kinderfreundlichsten Stadt“ sein, damit der künftige hochpreisige Wohnungsbau an der Stelle des heutigen Schwimmbades nicht durch Kinderlärm gestört wird?

Bl, „Pro Brauhausberg“



**Herzlichen Glückwunsch, Syriza!**

Griechenland hat gewählt – Solidarität beginnt jetzt!

„Wir begrüßen das beeindruckende Wahlergebnis unserer Schwesterpartei Syriza und gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die in den vergangenen Wochen rund um die Uhr im Einsatz waren und diesen Sieg möglich gemacht haben!

Die Menschen in Griechenland haben sich klar für einen Neustart entschieden. Sie verlangen soziale Gerechtigkeit und ein Leben in Würde. Dies ist der erste Schritt um die Verarmungspolitik der politischen Eliten zu beenden. Spanien könnte noch in diesem Jahr folgen.



Alexis Tsipras will Griechenland im Euro halten und fordert darum eine Abkehr vom unsozialen Kürzungswahn. Angesichts der EU-weiten wirtschaftlichen Lage die einzig vernünftige Forderung, um nachhaltiges Wachstum anzustoßen. Die Wirtschaft wird nicht wachsen, solange die enorme Schuldenlast den Staat erdrückt.

Europas Linke steht an diesem historischen Tag zusammen. Die kommenden Wochen stellen eine enorme Herausforderung für Alexis Tsipras' Bündnis dar. Solidarität beginnt jetzt. Es braucht einen starken Willen, viel Kraft und Geduld – auch von all jenen, die heute ihrer Hoffnung auf einen Wandel in Griechenland und in Europa mit ihrer Stimme Ausdruck verliehen haben. Wir stehen hinter Syriza und allen linken Kräften, die für eine andere Politik kämpfen.“

Gabi Zimmer (MdEP), Cornelia Ernst (MdEP), Thomas Händel (MdEP), Sabine Lösing (MdEP), Helmut Scholz (MdEP), Martina Michels (MdEP), Fabio De Masi (MdEP)

**DIE LINKE in Eiche zum Thema TTIP**

Der Ortsverband Westliche Ortsteile (Eiche, Golm u.a.) hat sich neu aufgestellt: Mit seinem neuen Vorsitzenden Bernhard Bielik bedankte sich das vierköpfige Ortsaktiv beim langjährigen Vorsitzenden Harald Herzel für seine engagierte Arbeit. Die erste Veranstaltung in diesem Jahr am 4. Februar gilt kommunalen Vorhaben in Ortsbeiräten und Stadtverordnetenversammlung.

Die Teilnehmer diskutieren rege die Auswirkungen auf die Ortsteile, z.B. die im Mai geplante Schließung des Bürgertreffs Eiche oder die Verkehrsanbindung des B-Plan-Gebiets 129 in Golm. Gemeinsam mit Vertretern der beiden Ortsbeiräte entwickelten sie einerseits Vorstellungen über alternative Planungen, andererseits Vorschläge zur bürgergerechten Umsetzung.

Das nächste Mal lädt der Ortsverband am 22. April, 18 Uhr, in den Bürgertreff Eiche ein, um sich mit dem Freihandelsabkommen TTIP und möglichen Folgen auseinanderzusetzen. Die Veranstaltung ist öffentlich, interessierte Gäste sind ausdrücklich erwünscht.

## Für Meinungsfreiheit und Toleranz

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im deutschen Bundestag, Gregor Gysi, verurteilte die Anschläge in Paris. Der terroristische Überfall auf die Redaktion des Pariser Satiremagazins „Charlie Hebdo“ und einen jüdischen Supermarkt in Paris seien zutiefst verabscheuungswürdige Taten. Gleichzeitig dürften wir aber nicht hinnehmen, wenn Rassisten und Ausländerfeinde eine solche fürchterliche Tat dazu missbrauchen, ihre Parolen gegen friedliche Mitbürgerinnen und Mitbürger anderer Herkunft bei uns zu verschärfen.

Tausende Menschen haben am 13. Januar am Brandenburger Tor an einer Mahnwache der muslimischen Verbände mit Parteien, Gewerkschaften und Religionsgemeinschaften für ein „weltoffenes und tolerantes Deutschland und für Mei-

nungs- und Religionsfreiheit“ teilgenommen. Der Fraktionsvorsitzende und die Vorsitzenden der Partei DIE LINKE, Gregor Gysi, Katja Kipping und Bernd Riexinger, machten mit ihrer Teilnahme deutlich, dass Islamophobie und soziale Ausgrenzung von Muslimen, anderen Migranten und generell in unserem Land keine Chance haben dürfen. 100.000 Menschen haben Mitte Januar bundesweit gegen Pegida und seine Ableger

demonstriert, allein 35.000 davon in Leipzig. Rico Gebhardt, Landesvorsitzender der LINKEN Sachsen, erklärte: „Dresden braucht bundesweit Hilfe gegen Pegida. Die Stadt Dresden wird dieses Problem nicht von alleine los. Wenn bundesweit rechte Menschen nach Dresden mobilisieren, dann brauchen wir Unterstützung aus dem ganzen Land, die zeigt: Was in anderen Städten nicht läuft, läuft auch in Dresden nicht!“



## Dem Rassismus eine Willkommenskultur entgegensetzen

2014 war eines der konfliktreichsten Jahre seit dem Zweiten Weltkrieg. (Bürger)Kriege, Verelendung und gewaltsame Spannungen besonders in Afrika und Nah-Ost führen zu einer weiteren Zunahme von Fluchtbewegungen. Und obwohl die allermeisten Flüchtlinge in ihren Herkunftsstaaten bzw. den Anrainerstaaten verbleiben, haben noch nie so viele Menschen versucht, über das Mittelmeer Richtung Europa zu fliehen.

Dennoch stellt die Aufnahme der Flüchtlinge manche Kommune auch in Brandenburg vor Herausforderungen. Unterbringung in abgelegenen abrisreifen Kasernen, wie in den 90er Jahren durchaus sehr verbreitet, ist vielerorts heute verpönt. Zugleich engagiert sich eine wachsende Zahl an BrandenburgerInnen in Willkommensinitiativen für die neuen Nachbarn. Sie sehen sich diversen Fragen gegenüber: Wie erfolgt die Unterbringung? Wie überwinden wir die Sprachbarriere? Wo können die Kinder zur Schule oder in die Kita ge-

hen? Gibt es sinnvolle Arbeit für die Flüchtlinge? Wie erfolgt die ärztliche Versorgung, grade auch für die Traumatisierten?

DIE LINKE Brandenburg versucht seit einem Jahr, Linke aus solchen Initiativen zu vernetzen und ins Gespräch zu bringen. Bis zu 50 Menschen nahmen bisher an den in größeren Abständen stattfindenden Treffen des „Netzwerkes Willkommenskultur“ teil. Am Freitag, 23. Januar 2015, hat DIE LINKE an diesen Erfahrungsaustausch angeknüpft. An diesem nunmehr 4. Treffen im Landtag nahmen u. a. teil die Ministerin des Landes Brandenburg für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen, Diana Golze, die Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag, Margitta Mächtigt, die asyl- und flüchtlingspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion, Andrea Johlige, der stellvertretende Landesvorsitzende Sebastian Walter sowie der LINKE-Bundestagsabgeordnete Norbert Müller. Im Mittelpunkt standen solche Themen wie die Änderungen der rechtlichen

Rahmenbedingungen in der Asylpolitik auf Bundesebene, die Einschätzung und Überblick zur Flüchtlingssituation/Flüchtlingspolitik in Brandenburg, sowie die konkreten Situationen vor Ort (Flüchtlingsunterkünfte, Widerstände, UnterstützerInnen, Präsentation von Aktionsformen, Strategien und Perspektiven, Vernetzung).

Doch auch mit einer anderen Problemlage müssen wir uns auseinandersetzen: Flüchtlinge werden nicht nur Willkommen geheißt. Mit dem Einzug der AfD in den Landtag nehmen dort rassistische Motive in den Debatten zu. Die AfD sympathisiert offen mit PEGIDA und sucht den Schulterchluss mit rassistischen Bewegungen. Auch damit gilt es sich auseinanderzusetzen. Deswegen sollte Handlungsgrundlage für Linke immer Solidarität und Humanismus sein – und deswegen müssen Linke auch die Auseinandersetzung mit den Rassisten gerade jetzt verstärkt führen.

Norbert Müller (MdB)

## Wie können Sie helfen?

Viele Sachspenden für die Flüchtlinge in Potsdam zeigen eine große Bereitschaft zur Unterstützung. Nötig ist oft noch persönliche Hilfe, beispielsweise Begleitung bei Behörden-gängen. Zur Einbindung der Ankömmlinge in Sportvereine rief der Stadtsportbund kürzlich auf und berief sich auf das Beispiel des SV Babelsberg 03 mit seiner Flüchtlingsmannschaft.

Wer wissen will, welche Hilfe gebraucht wird, kann sich direkt bei den Ansprechpartnern der Unterkünfte erkundigen:

Wohnheim am Nuthetal, An der Alten Zauche 2 b, Tel. 505 57 94, Nina Schmitz, whnuthetal@dw-potsdam.de

Stadtkontor/ Allianz am Schlaatz, Schornsteinfegergasse 3, Tel. 74 35 70, Frau Feldmann, stadtkontor@stadtkontor.de

Wohnungsverbund Haackelstraße, Haackelstraße 46, Tel. 95 13 04 09, Frau Hoffmann, wohnungsverbund-potsdam@internationaler-verbund.de

Neue Nachbarschaften, Geschwister-Scholl-

Straße 51, Tel. 58 81 26 00, Frau Parteel, nn@stadtteilnetzwerk.de

Wohnungsverbund Staudenhof, Am Alten Markt 10, Tel. 88 71 87 26, Herr Banoho, jm.banoho@staudenhof-potsdam.de

Interessante Informationsangebote zum Thema bekommt man bei der Stadt Potsdam und der Landeszentrale für politische Bildung: [www.potsdam.de/content/herzlich-willkommen-potsdam](http://www.potsdam.de/content/herzlich-willkommen-potsdam)

[www.politische-bildung-brandenburg.de](http://www.politische-bildung-brandenburg.de)

## Kapitalismus ist kein Schicksal!

### Zum Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

Wir, DIE LINKE von heute, stehen für internationale Verständigung und Solidarität: Liebknecht und Luxemburg setzten sich für Internationalismus ein, das Verharren in nationalen Grenzen trennte die Arbeiterbewegung. Übersteigerter Nationalismus schließlich grenzt aus und legitimiert Krieg als politisches Mittel, damals wie heute. Es war hier in Potsdam in der Hegelallee 38, in der Liebknecht von seinen Genossen ermutigt wurde, gegen die Kriegskredite im Reichstag zu stimmen.

Wir, DIE LINKE von heute, stehen für eine gerechte Umverteilung von Eigentum und so viel demokratische Teilhabe für alle wie möglich: Liebknecht und Luxemburg wussten, echte politische Gleichberechtigung ist erst dann erreicht, wenn Menschen ökonomisch nicht ausgebeutet werden. Solange jedoch bleiben die demokratischen Entwicklungsmöglichkeiten einer Gesellschaft beschränkt.

Wir, DIE LINKE von heute, halten uns nicht an unhinterfragte Dogmen. DIE LINKE entwickelt sich weiter, sie hinterfragt nicht nur andere, sondern auch sich selbst. Hierzu sagte bereits Luxemburg: „Selbstkritik, rücksichtslose, grausame, bis auf den Grund der Dinge gehende Selbstkritik ist Lebensluft und Lebenslicht der proletarischen Bewegung.“



Wir, DIE LINKE von heute, denken über gesellschaftliche Utopien nach. Wir hinterfragen die Verhältnisse, die soziale Ungerechtigkeiten hervorbringen und verfestigen. Wir sagen, dass es anders geht. Karl Liebknecht sagte einmal: „Das Unmögliche zu wollen, ist die Voraussetzung dafür, das Mögliche zu schaffen“. Alternativen sind denkbar. Der Kapitalismus, wie wir ihn kennen, ist kein Schicksal.

Gesine Dannenberg (gek.)

**1945**  
**Todesmarsch von Lieberose nach Sachsenhausen**

Bei Evakuierung des KZ Lieberose, Anfang Februar '45, wurden die noch Lebenden zum Teil per Bahn in das Stammlager abtransportiert oder mussten auf den acht-tägigen 'Todesmarsch' in das Stammlager. Der Marsch wurde durch Goyatz, Kuschkow, Teupitz, Zossen, Ludwigsfelde, Potsdam und Falkensee geleitet. Die Kolonne der Weggebrachten erreichte am 9. Februar das KZ Sachsenhausen, wo in den nächsten Tagen etwa 400 jüdische Häftlinge auf dem Industriefhof getötet wurden. Eines der Massengräber wurde 1971 entdeckt und die 577 dort gefundenen Leichen in einem Urnengrab in Lieberose beigesetzt, wo seit 1973 eine Gedenkstätte und seit 1982 ein kleines Museum besteht.

# Die Ängste der Russen und alte/neue „Kalte Krieger“



Der „böse Putin“...



**1955**  
**Ein Bären-Hunger in der „Börse“**

In der Potsdamer Gaststätte „Zur Börse“ werden am 18. Februar Gerichte mit Bärenfleisch angeboten. Der Hintergrund: Der Zirkus „Probst“, der in Bornstedt sein Winterquartier aufgeschlagen hatte, musste zwei Bären, die nicht zu zähmen waren, im Potsdamer Schlachthof schlachten lassen. Eine Portion paniertes Bärenschnitzel mit Pfifferlingen und Kartoffeln kostete 3,40 DM.

**1965**  
**Gedenktafel am „Charlott“**

August Bebel, der „Kaiser der Arbeiter“, geboren am 22. Februar 1840, war die Führungsfigur der deutschen Arbeiterbewegung von Mitte der 1860er Jahre bis zu seinem Tod am 13. August 1913. Anlässlich seines 125. Geburtstages wird



1965 am Kino „Charlott“ eine Gedenktafel enthüllt. Sie trägt die Inschrift: „In diesem Gebäude sprachen Karl Liebknecht, August Bebel und Paul Singer zu den Werktätigen Potsdams und riefen sie zum Kampf gegen Imperialismus, Militarismus und Krieg auf“. Seit 1977 stehen Haus und Tafel unter Denkmalschutz. Mit dem Abriss des Hauses verschwindet die Tafel...

-rt

„Wir haben allen Grund zu der Annahme, dass die sprichwörtliche Eindämmungspolitik gegen Russland, die sowohl im 18., im 19. und im 20. Jahrhundert betrieben wurde, auch heute noch fortgeführt wird.“, sagte Russlands Präsident Wladimir Putin am 18. März 2014 anlässlich des Beitritts der Krim zur Russland bzw. anlässlich der „Annexion“ der Krim, wie es in den westlichen Medien heißt.

Weniger die Frage, ob dieser Schritt ein Bruch des Völkerrechts gewesen ist und wie damit umgegangen werden sollte, als vielmehr eine kritische Auseinandersetzung mit dem Bild, welches im Westen von Russland herrscht und das in dem Begriff „Annexion“ zum Ausdruck kommt, soll im Mittelpunkt eines Vortrags am 22. Februar (s. u.) stehen. Gleichwohl liefert der Jahrestag der Demonstrationen auf dem Kiewer Maidan samt ihrer Folgen den Anlass zum Vortrag.

Das Verhältnis zwischen Russland und Westeuropa bzw. „dem Westen“ war in der Geschichte stets ein wechselhaftes und nicht immer freundliches. Ähnliches gilt für die kulturellen und ökonomischen Beziehungen. Seit dem Großen Schisma von 1054, welches die Kirche in eine abendländische „katholische“ und eine morgenländische „orthodoxe“ teilte, gab es auch ein gewichtiges Argument, um einen grundsätzlichen kulturellen Widerspruch zwischen Osten und Westen zu konstruieren, welcher bis heute mit stets neuen Behauptungen bedient wird und bis heute geopolitische Folgen hat, die sich aktuell am stärksten im Konflikt mit der Ukraine zeigen.

Dabei war der Blick des Westens nach Russland bis ins 19. Jahrhundert stets von Respekt und Anerkennung geprägt. Noch Mitte des 19. Jahrhunderts sprachen Fürsten von einer gemein-

samen christlichen Nation, zu der selbstverständlich auch Russland gehörte. Und heute beklagt sich Wladimir Putin über eine „Eindämmungspolitik“ der letzten 200 Jahre, die vom Westen ausgehe, sowie über ein Denken in Kategorien und Perspektiven des Kalten Krieges.

Was bestimmt die westliche Perspektive? Wo liegen ihre ideologischen Wurzeln? Russland wird seit dem 20. Jahrhundert als mehr oder weniger aggressive Nation mit dauernden Expansionsbestrebungen gesehen. Diese Eigenschaft personalisierte sich dabei stets in den Führern des Landes, was bis heute gilt. Abgerundet wird dieses Bild durch Attribute wie „Drahtzieher“, „Lügner“, „Tyrann“ und „Verbrecher“ - gern auch in Kombination als „verbrecherischer Lügner“.

Für dieses Bild bildet die Oktoberrevolution den entscheidenden ideologischen Ausgangspunkt. In diese Zeit fällt die Verschmelzung zweier Stereotype zu einem neuen – dem „jüdischen Bolschewisten“, der alle den Juden und Bolschewiki zugeschriebenen negativen Eigenschaften verkörperte. Dieses Stereotyp prägte das westliche Bild vom „Russen“. Erst seit knapp 20 Jahren wird

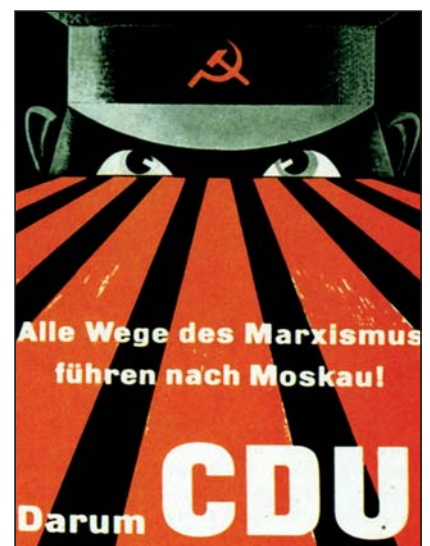
wieder zwischen den Nationalitäten der ehemaligen Sowjetunion differenziert. Bis 1990 waren alle Sowjetbürger aus westlicher Perspektive schlicht „Russen“. Das Stereotyp ist jedoch nicht überwunden und bildet bis heute – wenn auch unbewusst – eine Grundlage für die westliche Perspektive auf Russland, die in Medienberichten und politischen Karikaturen zum Ausdruck kommt.

Dabei liefert die Historie durchaus mehrere Anhaltspunkte, die eher für die Perspektive Putins sprechen. Und wenn Volker Kauder am 26. März 2014 auf Putins Erklärung erwidert: „[...] wir haben aus der Geschichte gelernt. Im Umgang mit Russland ist klar: Es gibt keine militärische Antwort.“, dann lässt das viel Raum für Interpretationen zu den Gedanken und Plänen des Westens gegenüber Russland. cw

**Also bitte vormerken:** Mittwoch, 25. Februar 2015, 18.30 Uhr, in der Landesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE Brandenburg, Alleestraße 3; Vortrag zum Thema: „Der Westen und Russland- historische, kritische Analyse des westlichen Russlandbilds“ mit Christian Wienert, Lehrer für Geschichte.



Plakat der „Liga gegen den Bolschewismus“ (1918)



Wahlplakat der CDU (1953)

## Ein gemeinsames Ticket für vier Museen

Die Fraktion DIE LINKE beantragte im März 2014 in der SVV: „Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Konzept für ein gemeinsames Museumsticket für das Potsdam Museum, das Naturkunde Museum, das Filmmuseum und das Haus der Brandenburgisch Preußischen Geschichte zu entwickeln und mit den Beteiligten abzustimmen und zu realisieren.“

Ein gemeinsames Museumsticket erscheint sinnvoll, da die Standorte der genannten Museen eng beieinander liegen, fußläufig erreichbar sind und eine Werbung für die jeweils anderen Museen mit einem gemeinsamen Ticket besser möglich wäre. Vorstellbar sind bei einem gemeinsamen Ticket gewisse Abschläge beim Besuch aller weiteren Museumseinrichtungen. In den bisherigen Diskussionen war als Problem stets die Finanzabrechnung genannt. Dazu sollte eine unbürokratische Lösung gefunden werden.

Dieser Antrag fand eine große Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung. Das Ergebnis wurde nach knapp einem Jahr zu unserer Freude präsentiert.

Ab Januar 2015 ist die MUSEUM-Kombikarte in den vier Museen der historischen Innenstadt erhältlich. Jetzt kann man also mit der Kombikarte innerhalb eines Jahres jedes einzelne der vier Museen besuchen. In den Ausstellungen der vier Museen erwarten uns über 10.000 Ausstellungsobjekte aus Film, Geschichte, Kunst und Natur aus Potsdam, Brandenburg und der Welt.

Die Kombikarte gilt jeweils für einen Erwachsenen und zwei Kinder zu dem günstigen Preis von 12 Euro. Positiver Effekt soll auch sein, „die Lust auf Museen“ für alle Generationen, für Potsdamer und Touristen aus nah und fern stärker zu fördern.

*Dr. Karin Schröter  
Kulturpolitische Sprecherin*



## Scholle 34 soll Bürgerzentrum werden!

Aus einer Not heraus entstand die Idee, die Geschwister-Scholl-Straße 34 für bildende Künstler und viele andere Kreative zu reaktivieren. Das Areal lag wahrhaft im Dornröschenschlaf. Viele Beteiligte haben es geweckt. Auch die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten, der das gesamte Grundstück gehört, zeigt sich interessiert und unterstützt die Initiative. Sie wird den Standort für eine langfristige Nutzung übergeben. Jetzt besteht also die Chance, dass Potsdam West doch noch ein Bürger-

zentrum erhält. Anträge, die parteiübergreifend gestellt wurden, bekräftigen den Wunsch, dass es an dieser Stelle weitergeht. Die Berichte der Verwaltung teilen uns mit: Unterstützung JA – Finanzen: nein! Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass das Projekt „Scholle 34“ im Bürgerhaushalt vorn lag und 2.791 Bürgerinnen und Bürger wollten, dass die Stadt in die Förderung einsteigt. Das wurde auch im Kulturausschuss zur Abstimmung gestellt, leider sahen sich die Fraktionen der Kooperation

noch nicht in der Lage abzustimmen. DIE LINKE wird bei der Abstimmung zum Bürgerhaushalt im März (siehe untenstehenden Antrag) klar mit JA stimmen. Wir stellen uns vor, dass man einen Stufenplan für die nächsten Jahre erarbeitet, damit der Plan auch Realität werden kann.

*Dr. Karin Schröter  
Stellv. Fraktionsvorsitzende der  
Fraktion DIE LINKE der SVV*

### Antrag zum Bürgerhaushalt:

#### DIE LINKE unterstützt „Scholle 34“

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: Die ehemalige Großgaststätte „Charlottenhof“ soll nach vielen Jahren Leerstand wiederbelebt werden - als Nachbarschaftshaus für alle Menschen im Stadtteil und darüber hinaus. Nach einer Ideenwerkstatt des Stadtteilnetzwerks Potsdam-West im November 2013, hat eine daraus hervorgegangene Arbeitsgruppe ein Konzept für die „Scholle 34“ erstellt ([www.scholle34.de](http://www.scholle34.de)). Ziel dieses Vorschlags ist eine ideale, aber auch finanzielle Unterstützung der Stadt Potsdam für die Sanierung des Hauses. Im Jahr 2015 und 2016 soll das Außengelände der „Scholle 34“ mit vielfältigen Nutzungsbereichen in Eigenarbeit gestaltet werden, wofür Material und Werkzeug benötigt wird.



## Ablehnung der Förderung ist fachlich unbegründet

Zur Ablehnung einer Landesförderung für das Potsdamer Naturkundemuseum durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes erklärt die Potsdamer Landtagsabgeordnete und Stadtverordnete Anita Tack (LINKE): „Ich unterstütze das Anliegen der Stadt Potsdam und des Naturkundemuseums, das Museum als gemeinsame Einrichtung des Landes und der Landeshauptstadt zu betreiben, ausdrücklich.“

Die Begründung der Ablehnung mit einer angeblich fehlenden Konzeption ist mir unverständlich. Das Museum hat eine Zukunftskonzeption des Museums vorgelegt. Das Potsdamer Naturkundemuseum hat sehr wohl eine mindestens landesweite Ausstrahlung und Bedeutung.

Ich werde mich dafür einsetzen, dass dieser Ablehnungsschnellschuss überdacht und eine Entscheidung im wirklichen Interesse des Landes und des Museums getroffen wird. Und ich unterstütze den Hinweis des Leiters der Abteilung Kultur des MWFK ausdrücklich, dass auch die zuständigen Ministerien für Bildung Nachhaltige Entwicklung, das MLUL und das MBS, in eine Entscheidungsfindung mit einbezogen werden müssen.“

## „Historisch bedeutungsvolle Grünfläche“ gegen Schulsport – das gibt es wohl nur in Potsdam

Zu den Plänen der Stadt Potsdam für die Umgestaltung der „Plantage“ an der Dortustraße erklärt die Potsdamer Landtagsabgeordnete und Stadtverordnete Anita Tack (LINKE):

Wieder soll eine Möglichkeit, Schulsport zu treiben, dem Nachbau preußischer Vergangenheit weichen. Ich wende mich entschieden gegen diese Pläne und unterstütze die Forderung von Eltern, Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und Lehrern der Dortuschule nach einem Erhalt des Ballspielplatzes auch nach der Umgestaltung der Plantage. Es muss doch wohl möglich sein, den Platz im Interesse der Schulkinder so zu gestalten, dass Historie und Gegenwart damit leben können. Es braucht einen klugen Kompromiss! Mehr Schulsport und Bewegung im Freien ist für unsere Kinder sehr wichtig, damit sie sich gesund und ausgewogen entwickeln und den Leistungsanforderungen der Schule entsprechen können.

## SPD halbiert Kleingarten-Sparte Glienicker Winkel

Jahrelang haben wir, anfangs gemeinsam mit anderen, für die Bestandssicherung der Kleingärten in Babelsberg gekämpft. Die meisten Gärten sind jetzt gesichert, aber beim Glienicker Winkel sind uns die Bündnispartner weggebrochen. Im Mai 2014 hat die SPD ein Mediationsverfahren angeregt, dessen Ausgang von Beginn an zweifelhaft war. Es gab, wie befürchtet, keine Annäherung der entgegen gesetzten Positionen, aber inzwischen sind Fristen verstrichen und die Möglichkeiten der Stadt im Umgang mit Bauanträgen haben sich verschlechtert. Die Position der Verwaltung dabei war: Aufgeben der Gärten und Beendigung des Planverfahrens. Um weiterer Verschleppung entgegenzuwirken hat die LINKE jetzt beantragt, die meisten Kleingärten mittels B-Plan 122.1 zu sichern und nur drei Parzellen südlich der H.-Maaß-Straße in Bauland umzuwandeln. Dies scheint uns nötig, um den Plan rechtssicher zwischen gültigem Flächennutzungsplan und Baurechten nach § 34 umzusetzen. Unmittelbar zu Sitzungsbeginn des Bauausschusses hat die SPD einen Änderungsantrag eingebracht mit dem Inhalt, sieben Parzellen der Gartensparte in teures Bauland umzuwidmen. Dieser Antrag fand gegen unsere Stimmen die Mehrheit der Rathaushauskooperation. Im Ergebnis verschwindet die Hälfte der Gartensparte Glienicker Winkel, die bereits vor Jahren am Nordrand Parzellen im Kompromiss aufgab. Belohnt werden Menschen, die unter Missachtung ihrer Pflichten gegenüber dem VGS privat Parzellen aufgekauft haben. Wir kritisieren dieses Vorgehen, das im Einknicken vor befürchteten Schadenersatzklagen gegen Umsetzung des geltenden Flächenutzungsplanes der Stadt begründet scheint.

Dipl.-Ing. Ralf Jäkel  
Vorsitzender im Bauausschuss,  
Mitglied im KOU-L-Ausschuss und  
der Kleingartenkommission.

## Wir lassen die BabelsbergerInnen nicht im Regen stehen

Der Fahrplanwechsel des ViP zum 14. Dezember 2014 brachte erhebliche Veränderungen für den Babelsberger Norden mit sich. Die Buslinie 694 fährt jetzt eine veränderte Route, die nicht mehr den Norden tangiert. Betroffen sind davon die BewohnerInnen des Behindertenheimes und dessen Besucher und Angestellte, die BewohnerInnen des Studentenheimes, SeniorInnen, die für Einkäufe und Arztbesuche auf einen gut getakteten ÖPNV angewiesen sind, sowie dort wohnende Kinder.

Und nicht nur der Babelsberger Norden ist betroffen. Ganz Klein Glienicke mit seinen nunmehr 600 EinwohnerInnen wird mit dem Fahrplanwechsel stark benachteiligt. Wie unsere Stadtverordnete Barbara Keller bei einem Treffen der Klein Glienicker erfuhr, kommen die dort wohnenden Grundschüler der Bruno-H.-Bürgel-Schule entweder fünf Minuten zu spät zum Unterricht oder eine halbe Stunde vor Öffnung der Schultore an. Die lapidare Aussage des ViP ist, dass die Kinder einfach in die andere Richtung fahren und dann vom Goetheplatz aus laufen sollten.

Ein weiteres Problem der BewohnerInnen ist der nicht vorhandene Einzelhandel in der Potsdamer Enklave Klein Glienicke. Daher sind sie stark auf eine Anbindung an Babelsberg angewiesen. Aber auch die Angestellten des Astrophysikalischen Instituts und BesucherInnen des Babelsberger Parks sind Notleidende. Als Ersatz für die Linie 694, wurde die Linie 616 geschaffen, die im 40-Minuten-Takt den Norden anfährt.



Dies ist keine zumutbare Anbindung in einer ansonsten infrastrukturell schwach erschlossenen Wohngegend.

Der ViP begründet diesen Einschnitt in die Mobilität mit veränderten Kundenzahlen. Ja, es wohnen inzwischen weniger Studenten im Wohnheim und die neue Linie verbindet Nord-Babelsberg in zwei Richtungen mit Bus-, Tram- und S-Bahnlinien. Diese Begründung lassen wir, DIE LINKE in Babelsberg-Zentrum Ost, nicht gelten. Die Taktfrequenz von 40 Minuten ist nicht akzeptabel. Die Verschlechterung des ÖPNV aufgrund einer geringeren Nachfrage, wird zukünftig nicht zu einer höheren Nachfrage führen. Und der ViP sollte nicht

auf das rückwärtsgewandte Paradigma einer Autostadt hin arbeiten. Deshalb wird die LINKE-Stadtfraktion zur nächsten Stadtverordnetenversammlung einen Antrag einreichen, der die Rückkehr zum 20-Minuten-Takt fordert. Und wenn wir schon mal dabei sind, fordern wir auch eine qualitative Verbesserung der Haltestellen. Dazu gehören Überdachungen und elektronische Anzeigetafeln. Wir lassen die BabelsbergerInnen und BesucherInnen nicht 40 Minuten im Regen stehen, falls sie den Bus verpasst haben.

Michél Berlin  
Stadtverordneter DIE LINKE, Vorstand OV Babelsberg/Zentrum Ost

## „Wer rettet wen?“ – Das geht uns alle an!

**WER RETTET WEN?**

EN FILM VON LESLIE FRANKE UND HERDOLOR LORENZ

WWW.WHOS-SAVING-WHOM.ORG

DIE KRISE ALS GESCHÄFTSMODELL AUF KOSTEN VON DEMOKRATIE UND SOZIALER SICHERHEIT

PREMIERE AM 11. FEBRUAR 2015

Potsdam, Kino Thalia, 20.00 Uhr

linksjugend [solid] Einlass: 19.45 Uhr  
landesverband brandenburg Eintritt frei! DIE LINKE.  
www.dielinke-potsdam.de

Am 11. Februar 2015 findet europaweit in über 150 Städten die Premiere des Films „Wer rettet wen?“ statt. Dieser Film wurde ausschließlich über Spenden finanziert und ist unabhängig von irgendwelchen Marktinteressen.

Der Inhalt: Seit fünf Jahren werden Banken und Länder gerettet. Politiker schaffen immer neue Rettungsfonds, während mitten in Europa Menschen wieder für Hungerlöhne arbeiten. Es wird gerettet, nur keine Rettung ist in Sicht.

Für große Banken ist die Finanzkrise vor allem ein Geschäftsmodell. Und die ständig „verstimmt“ und „enttäuscht“ Finanzmärkte scheinen ein besonderes Wesen zu sein, das bei Laune gehalten werden muss.

Wer rettet also wen? Die Reichen die Armen? Die Politiker die Banken? Die Rettungsschirme Europa? Oder die Steuerzahler einige wenige Individuen?

Nach WATER MAKES MONEY und BAHN UNTER DEM HAMMER wirft auch der neue Film von Leslie Franke und Herdolor Lorenz einen Blick von unten auf die Probleme, die uns alle angehen.

Die Linksjugend [solid] Brandenburg und der Kreisverband DIE LINKE.Potsdam präsentieren den Film **am 11. Februar 2015, um 20 Uhr, im „Thalia“ Programm kino Babelsberg, Saal 3 mit anschließender Podiumsdiskussion.** Der Eintritt ist frei!

Wir machen auf die wahren Probleme der Finanzkrise und die daraus resultierenden Folgen aufmerksam – Seien Sie dabei! Erfahren Sie mehr zum Film unter [www.whos-saving-whom.org](http://www.whos-saving-whom.org)

## Statt großer ideologischer Debatten Alltagsprobleme lösen!

Interview mit Maria Strauß, Ortsvorsitzende der LINKEN in Babelsberg und Zentrum Ost

**Ihr seid ein sehr aktiver Ortsverband, der immer wieder mit öffentlichen Aktionen auf sich aufmerksam macht. Wie schafft Ihr das?**

Wir haben uns zum Ziel gesetzt, der sogenannten „Politikverdrossenheit“ etwas entgegen zu setzen. Denn Politik muss nicht immer langweilig oder fernab der eigentlichen Probleme stattfinden. Politik kann sogar Spaß machen. Bei uns werden weniger große, ideologische Debatten geführt. Dafür versuchen wir konkrete Vorschläge für Alltagsprobleme zu machen.

**Wie sieht das ganz praktisch aus?**

Wichtig ist uns das persönliche Miteinander. Wer sich politisch engagieren will, opfert seine meist knapp bemessene Freizeit für eine Partei. Da hat kaum jemand Lust, diese kostbaren Stunden mit bisweilen unwürdigen Flügelkämpfen und theoretischen Debatten zu vertun. Bei uns kann jede und jeder seine Ideen einbringen, ob man nun Mitglied oder Sympathisant ist, ob man regelmäßig kommt oder nur mal ab und zu vorbei schaut.

**Was habt Ihr in der kommenden Zeit vor?**

Wir wollen uns immer wieder als Ansprechpartner präsentieren. Die Sorgen um den eigenen Wohlstand im Alter, die bezahlbare Wohnung, eine gute Gesundheitsversorgung oder um die Zukunft der Kinder dürfen und wollen wir nicht PEGIDA und AfD überlassen. Politikverdrossenheit und Enttäuschung darf nicht zu einem Schulterchluss mit bekennenden Neonazis und Rassisten führen.



Auch deshalb werden wir uns aktiv in das gesellschaftliche Leben einmischen und den Bürgerinnen und Bürgern auch außerhalb von Wahlkämpfen Rede und Antwort stehen. Der Ortsverband wird beispielsweise weiterhin regelmäßig mit Infoständen präsent sein. Wir planen Aktionen und sind auch im Internet aktiv.

**In der Vergangenheit habt Ihr Euch auch beim Thema TTIP engagiert. Ist das wirklich ein Thema, das die Menschen in Potsdam berührt?**

Wir sind von vielen Menschen gerade auf dieses Thema angesprochen worden. Die im Geheimen geführten Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA sind ein großes Ärgernis. So eine Geheimnis-

krämerei kann natürlich zu Politikverdrossenheit führen, sie kann aber eben auch dazu beitragen, Menschen wieder zu politisieren. Das wollen wir nutzen. Und deshalb mischen wir uns eben auch hier vor Ort in die ganz große Politik tatkräftig ein und sammeln Unterschriften für eine Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP.

Der Ortsverband trifft sich jeden dritten Donnerstag im Monat im Restaurant „Kashmirhaus“ in der Babelsberger Garnstraße. Er ist außerdem erreichbar über [www.facebook.com/Linke.BabelsbergZentrumOst](http://www.facebook.com/Linke.BabelsbergZentrumOst), bei Instagram oder per Mail [ovbabelsberg-zentrumost@dielinke-potsdam.de](mailto:ovbabelsberg-zentrumost@dielinke-potsdam.de).

## Dichten gegen TTIP

Die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative hat in Rekordzeit europaweit bereits mehr als eine Million Unterschriften gegen weitere Verhandlungen über das umstrittene Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA gesammelt. Kritiker des Abkommens befürchten eine Senkung von Umwelt- und Verbraucherstandards sowie eine Aushöhlung demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien. Die Bürgerinitiative wird von fast 300 europäischen Organisationen unterstützt. Dieser Zusammenschluss will über eine Europäische Bürgerinitiative die EU-Kommission zum Handeln zwingen, ähnlich wie das durch Volks- oder Bürgerbegehren in einzelnen Ländern möglich ist. Die Potsdamer LINKE beteiligt sich an der Unterschriftensammlung mit eigenen Aktionen. So auch der Ortsverband Babelsberg/Zentrum Ost (FOTO).



**Kein Chlorhuhn fliegt durch uns'ren Park,  
hier krächzen nur die Raben.**

**Mit Babelsberger Witz und Charme,  
wird TTIP bald begraben.**

**Drum bitten wir den Weihnachtsmann,  
hör uns doch bitte ganz kurz an.**

**Brav waren wir das ganze Jahr,  
was bringst Du Großes wunderbar?**

**Wir wünschen uns – hab bitte Gnade  
Kein Spielzeug, keine Schokolade.**

**Nur etwas Weitsicht und Vernunft,  
für die sonst fade Polit'kerzunft.**

**Denn Investorenschutz und Schiedsgericht –  
das gehört in jeden Unterricht –**

**Sind wie Cholera und Pest.**

**Niemand braucht's; auch nicht zum Fest!**

Für ihre Aktion vor Weihnachten 2014 haben die Babelsberger zu ungewöhnlichen politischen Mitteln gegriffen. Sie haben ein Gedicht verfasst, mit dem sie für die Europäische Bürgerinitiative warben:

## Mindestlohn-Gesetz gilt auch für die Potsdamer Kulturträger

Über Mindestlöhne und deren Höhe wurde lange debattiert, bis sie im August 2014 per Bundesgesetz auf 8,50 € brutto pro Zeitstunde festgelegt wurden.

Seit dem ist das Gesetz in Kraft. Es gilt flächendeckend, in Ost und West gleichermaßen – also auch in Potsdam.

Ab 1. Januar 2015 gibt es einen gesetzlichen Anspruch auf diese 8,50 €. Dass das zusätzliche Geld kostet, liegt auf der Hand.

So wird allein für die Aufstockung der Zahlung des Mindestlohnes für die in Potsdam institutionell geförderten Kultureinrichtungen eine Summe von 120.000 € benötigt.

Für den fabrik e.V. und das Waschhaus zum Beispiel bedeutet das Mehrausgaben von je ca. 25.000 €, für den Nikolaisaal von 27.000 €.

Wer nun glaubt, dass sich diese Summe als Plus im Haushaltsentwurf der Stadt für 2015/2016 findet, der irrt.

Offensichtlich wird davon ausgegangen, dass die Kulturträger diese zusätzlichen Aufwendungen aus den bestehenden Etats zu stemmen haben.

Dass das nicht funktioniert weiß jeder, der die finanziellen Rahmenbedingungen für die Kulturarbeit kennt.

Deshalb wird die Fraktion DIE LINKE einen Antrag in die Haushaltsdebatte einbringen, in dem wir fordern, dass alle von der Stadt institutionell geförderten Kultureinrichtungen die durch die Zahlung des Mindestlohnes zusätzlich entstehenden Kosten ab 2015 erstattet bekommen.

Mit einem teuren – wie so oft überflüssigen – Gutachten weniger, ist die Finanzlücke schnell zu schließen.

## Mit Witz, Ironie und politischem Scharfsinn

Vor 125 Jahren, am 9. Januar 1890, wurde Kurt Tucholsky geboren. Kurz vor seinem 46. Geburtstag, am 21. Dezember 1935, setzte er im schwedischen Exil seinem Leben ein Ende.

Tucholsky begleitet mich, wie viele von uns, seit meinen Schultagen durchs Leben. Als Leserin der „Weltbühne“, der Nachfolgerin der von ihm gemeinsam mit Siegfried Jacobsohn und Carl v. Ossietzky berühmt gemachten gleichnamigen Wochenschrift der 1920er Jahre, begegnete ich ihm immer wieder. Einen besonderen Auftrag durfte ich ab 1987 als Mitglied einer Arbeitsgemeinschaft des Bezirkes Potsdam zur Ehrung Tucholskys erfüllen. Wir bereiteten aus Anlass seines 100. Geburtstages 1990 die Eröffnung eines Museums zur Würdigung seines politischen und literarischen Wirkens vor. Es sollte Einzug finden im Schloss Rheinsberg, das öffentlich zugäng-

lich gemacht werden sollte, nachdem das bis dahin dort beheimatete Sanatorium für Diabetiker in einen Neubau nach Hohenelse umgezogen war. Unser Museumskonzept konnten wir nicht umsetzen, da mit der politischen Wende 1990 andere Entscheidungen getroffen wurden. Aber, Dank des öffentlichen Druckes wird seither im kleinen Kurt-Tucholsky-Literaturmuseum in Rheinsberg sein Lebenswerk gewürdigt und in zahlreichen Veranstaltungen und Ausstellungen auf die Aktualität seines Schaffens verwiesen.

Seit meinem ersten Museumsbesuch in Rheinsberg begleitet mich nun seit über 20 Jahren ein Tucholsky-Plakat. Erst hielt es Einzug in mein

Landtagsbüro auf dem Brauhausberg, dann zog es 2009 mit in mein Ministerbüro in der Heinrich-Mann-Allee 103, und nun



### SUDOKU

			6	7	1	3		
8								
		4					9	
		1	9				7	6
	2		5	6			4	
7	6			4	3			
	9					2		
								5
	7	6	8	3				

### Auflösung Januar

9	1	6	5	2	8	3	4	7
4	5	7	1	9	3	2	6	8
8	3	2	6	4	7	5	1	9
5	8	9	2	3	1	6	7	4
3	2	1	7	6	4	8	9	5
6	7	4	8	5	9	1	3	2
7	4	5	3	8	6	9	2	1
1	6	8	9	7	2	4	5	3
2	9	3	4	1	5	7	8	6

## Was darf die Satire?

Im „Berliner Tageblatt“ veröffentlichte Kurt Tucholsky 1919 diesen Text, den wir leicht gekürzt haben und der noch heute ein Debattenbeitrag ist:

„Wenn einer bei uns einen guten politischen Witz macht, dann sitzt halb Deutschland auf dem Sofa und nimmt übel.“

Satire scheint eine durchaus negative Sache. Sie sagt: „Nein!“ [...] Die Satire beißt, lacht, pfeift und trommelt die große, bunte Landsknechtstrommel gegen alles, was stockt und träge ist. Satire ist eine durchaus positive Sache. [...] Der Satiriker ist ein gekränkter Idealist: er will die Welt gut haben, sie ist schlecht, und nun rennt er gegen das Schlechte an. Die Satire eines charak-

tervollen Künstlers, der um des Guten willen kämpft, verdient also nicht diese bürgerliche Nichtachtung und das empörte Fauchen, mit dem hierzulande diese Kunst abgetan wird. [...] Vor allem macht der Deutsche einen Fehler: er verwechselt das Dargestellte mit dem Darstellenden. Wenn ich die Folgen der Trunksucht aufzeigen will, [...] so kann ich das [...] am wirksamsten durch die packende Darstellung eines Mannes tun, der hoffnungslos betrunken ist. Ich hebe den Vorhang auf, der schonend über die Fäulnis gebreitet war, und sage: „Seht!“ [...]

Übertreibt die Satire? Die Satire muss übertreiben und ist ihrem tiefsten Wesen

## „Gedenken – Begegnen – Helfen“

### 20 Jahre Fürstenberger Förderverein Ravensbrück/Wanderausstellung im Potsdamer Frauenzentrum

Seit dem 10. Dezember 2014 und noch bis zum 27. Februar 2015 ist die Wanderausstellung unter dem obigen Motto im Frauenzentrum Potsdam in der Schiffbauergasse zu sehen. Seit vielen Jahren kümmert sich der Fürstenberger Förderverein Ravensbrück e.V. unter anderem um Überlebende des KZ und arbeitet mit dem „Haus Hoffnung“ auf der Krim zusammen.

hängt es in meinem Abgeordnetenbüro im neuen Landtag, woher auch das neben stehende Foto stammt. Tucholsky ist mir ein hilfreicher Begleiter – nicht nur, weil ich sein „Bilderbuch für Verliebte“ so gern gelesen und Schloss Gripsholm und sein Grab in Mariefred in Schweden besucht habe, sondern weil er mit Witz, Ironie und politischem Scharfsinn gekämpft hat: gegen Unrecht, Heuchelei und gegen Deutschlands Weg ins Verderben. Anita Tack

nach ungerecht. Sie bläst die Wahrheit auf, damit sie deutlicher wird [...].

Wir alle [...] haben Fehler und komische Seiten und kleine und große Schwächen. Und wir müssen nun nicht immer gleich aufbegehren, wenn einer wirklich einmal einen guten Witz über uns reißt. Boshaft kann er sein, aber ehrlich soll er sein. Das ist kein rechter Mann und kein rechter Stand, der nicht einen ordentlichen Puff vertragen kann. [...] Es wehte bei uns im öffentlichen Leben ein reinerer Wind, wenn nicht alle übel nähmen. [...] Die echte Satire ist blutreinigend: Und wer gesundes Blut hat, der hat auch einen reinen Teint. Was darf die Satire? Alles.“

## tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

### Montag, 02.02.2015, 14.30 Uhr:

„Die schönsten Nationalparks - Norwegen und Transsilvanien“ - eine interessante Video-Reise durch die schönsten Nationalparks der Erde mit Karl Kreutz.\*

### Dienstag, 03.02.2015, 18.30 Uhr:

„Hat diese Gesellschaft keinen Auftrag an die bildende Kunst?“ Vortrag und Diskussion mit dem Karikaturisten und Kunstkritiker Harald Kretzschmar (Kleinmachnow).\*\*

### Dienstag, 03.02.2015, 14.00 Uhr:

„Ene, mene, muh - und raus bist du - ein fröhlicher Nachmittag mit Spiel und Spaß“ mit Anita Gruber als Spielmeisterin. Wiederholung am Dienstag, 17.02.2015.\*

### Donnerstag, 05.02.2015, 18.30 Uhr:

Die Diktatur des Kapitals - Buchvorstellung und Diskussion mit dem Autor Hannes Hofbauer (Wien).\*\*

### Dienstag, 10.02.2015, 18.00 Uhr:

Präsentation des Buches über Egon Günther und Vorführung des DEFA-Films „Junge Frau von 1914“, in Anwe-

senheit von Schauspielerin Jutta Hoffmann im Filmmuseum Potsdam.\*\*

### Dienstag, 10.02.2015, 14.30 Uhr:

Dipl.-Ing. Michael Glitschka mit der Unterwasserkamera im Golf von Thailand und rund um die Insel Bonaire\*

### Samstag, 14.02.2015,

10.00 – 18.00 Uhr: Flüchtlinge Willkommen/Refugees Welcome! Kommunalpolitisches Tagesseminar mit Inva Kuhn. Anmeldung bis zum 11. Februar 2015. Veranstaltung mit kommunalpolitisches forum Land Brandenburg e.V.\*\*

### Montag, 16.02.2015, 14.00 Uhr:

„Musik am Rosenmontag - zum Hören, Mitsingen, Schunkeln und Tanzen“\*

### Montag, 23.02.2015, 14.30 Uhr:

Musikalisch-literarische Stunde: „Heitere Klassik (Teil VIII) - schöne Melodien und heitere Texte“\*

### Dienstag, 24.02.2015, 14.30 Uhr:

„Venedig - Perle im Norden Italiens“ - Diavortrag in Überblendtechnik mit Walter Heller.\*

### Freitag, 27.02.2015, 19.00 Uhr:

„DIE WEISETRETER“ Senioren-Kabarett

e.V. aus Berlin präsentieren im Bürgerhaus STERN\*ZEICHEN ihr Programm: „Kein Grund zur Beruhigung - Ein S(t)ammelsurium. DIE WEISETRETER spielen seit 20 Jahren erfolgreich ein heiter-skurrielles Kabarett.“

### Montag, 02.03.2015, 14.30 Uhr:

„Die schönsten Nationalparks - Island und das alte Pompeji“ - eine Video-Reise mit Karl Kreutz.\*

\* Seniorentreff der Dahlweidstiftung, Edisonallee 11, Zentrum-Ost  
\*\* Rosa-Luxemburg-Stiftung Potsdam, Dortustr. 53



**SERVICESEITE**

Mit Witz, Ironie und politischem Scharfsinn – zum 125. Geburtstag von Kurt Tucholsky!“ Gedenken – Begegnen – Helfen“ – Förderverein Fürstenberg stellt aus im Frauenzentrum/Tipps & Termine

**Der Bundestag muss liefern!**

Trotz aktueller Aktivitäten des Landes im Bundesrat für mehr finanzielle Unterstützung bei der Munitionsbeseitigung aus dem 2. Weltkrieg ist - aus dem Munde des Innenministers - mangelndes Engagement der Bundesregierung und des Bundestags festzustellen. Innenminister Schröder will um Mehrheiten werben.

„Brandenburg kann seinen Haushalt in Millionenhöhe entlasten, wenn der Bund in Pflicht geht“, betonte Anita Tack, MdL und SVV Potsdam, nach der Information in der Plenarsitzung des Landtags, dass Brandenburg bislang 345 Mio. Euro dafür aufgewandt hat.

Der Bundestagsabgeordnete Andrea Wicklein, die ebenfalls öffentlich die wachsende Belastung für die Kommunen, insbesondere Potsdams beklagte, könne nur dringend empfohlen werden, im Bundestag für entsprechende Mehrheiten zu werben und sich für die Zustimmungen zur Brandenburger Bundesratsinitiative in der Großen Koalition von SPD und CDU einzusetzen. Der Bundestag müsse endlich liefern - auch Frau Wicklein habe dabei eine Aufgabe, so Tack.